

Erfolgsmodell Schweiz Glänzende Fassade, wackeliges Fundament



Klaus Wellershoff
Ökonom bei Wellershoff & Partners

Eigentlich wäre die Sache so schön. Das Erfolgsmodell Schweizer Wirtschaft hat erneut überzeugt: Nur wenige Jahre nach Corona haben wir Vollbeschäftigung und Preisstabilität. Der Franken ist nicht zu stark. Unsere Staatsverschuldung bleibt stabil, und unser Ersparnis wächst wieder, auch nach Abzug der Inflation.

Kein Wunder, glauben wir, dass wir uns auch mal wieder etwas leisten können. Zumindest politisch. 13. AHV? Für die Mehrheit scheint das finanzierbar. Krankenkassenerleichterung? Muss doch auch gehen. Das Geld ist ja vorhanden. Oder? Keine Frage. Wir sind reich. Unsere Pensionskassen sind gut gefüllt. Unsere Immobilienpreise scheinen nur eine Richtung zu kennen. Und auch unsere Aktienmärkte legen weiter zu. Aber ist denn wirklich alles so gut? Traut man der repräsentativen Befragung der Konsumentinnen und Konsumenten, dann nicht. Deren Stimmung ist im historischen Vergleich im Keller. Woran das liegt, ist schwer zu sagen. Vielleicht daran, dass die Schweizer Volkswirtschaft seit zehn Quartalen kaum noch wächst und das reale Pro-Kopf-Einkommen stagniert?

Woran wiederum das liegt? Zum einen am Arbeitsmarkt. Dort lautet das Stichwort der letzten Jahre: Arbeitskräftemangel. Aber das ist irreführend. Die Beschäftigung wächst nämlich seit langem deutlich schneller als die Bevölkerung. Der Hauptgrund für die enorme Arbeitsnachfrage ist der Wunsch der Menschen, ihre Arbeitszeit zu reduzieren. So sinkt seit Jahren die Anzahl geleisteter Stunden pro Jahr pro Vollzeitäquivalent, und immer mehr Menschen wollen nur noch Teilzeit arbeiten. Und wo weniger gearbeitet wird, wird auch weniger erwirtschaftet.

Zum anderen liegt das am Kapitalmarkt. Dort sind seit Jahren die Zinsen deutlich zu niedrig. Angesichts der aktuellen Inflationsentwicklung und des schwachen Wachstums müsste die Rendite zehnjähriger Anleihen der Eidgenossenschaft nicht bei 0,7, sondern bei 2,5 Prozent liegen. Wer weiss, wie Zins und Bewertung von Immobilien und Aktien miteinander zusammenhängen, weiss auch, was das bedeutet: Unsere Vermögenswerte sind massiv überbewertet.

Warum die Zinsen nicht weiter steigen? Weil wir es uns nicht leisten können. Steigende Zinsen und fallende Bewertungen bedeuten nämlich nicht nur, dass unsere Vermögen kleiner werden. Steigende Zinsen vernichten auch Eigenkapital im Finanzsystem und sind für Hypothekenschuldner und Mieterinnen ein echtes Problem. Wir dürfen nicht vergessen: Weltweit ist die Schweiz das Land mit der grössten Privatverschuldung pro Einwohnerin und Einwohner.

Klaus Wellershoff ist regelmässig Kolumnist und Co-Host von «Handelszeitung Morning-Call». Die Ansichten der Gastautoren müssen nicht mit jenen der Redaktion übereinstimmen.

Gesundheitskosten

Die Realität der Kostenbremse

Derzeit wollen es alle besser wissen, wie man die steigenden Gesundheitskosten bremsen sollte. Als ehemaliger Preisüberwacher, der sich mühsam mit der Realität von Spalkosten, Arzttarifen und Medikamentenpreisen herumgeschlagen hat, überraschen mich die steigenden Gesundheitskosten keineswegs. Was mich indes in Stauen versetzt, sind die unrealistischen Kostensenkungsversprechen im Abstimmungskampf.

Da rechnen uns Zürcher Fachhochschulgesundheitsökonominnen zusammen mit einem Beratungsbüro vom Schreibtisch aus ein Kostensparpotenzial von 8 Milliarden Franken im Gesundheitsmarkt vor. Es wird auf die 38 Sparvorschläge verwiesen, die 2017 von einer Arbeitsgruppe des Bundes vorgeschlagen und nie umgesetzt worden seien. Dabei sind fast alle diese Vorschläge seither aufgegleist worden, und danach ist einer nach dem andern im Vernehmlassungsverfahren oder im Parlament an den mächtigen Interessenslobbys abgeprallt.

Da wird von «Sparexperten» salopp die Einschränkung des Leistungskatalogs in der KV-Grundversicherung verlangt. Das heisst, dass gewisse Therapien oder Diagnostikmassnahmen nicht mehr vergütet werden sollen. Diese Sparonkel sollten mal beschreiben, wie das ablaufen soll, wenn ein medizinischer Befund an der Ermessensfrage «wirksam oder überflüssig?» ansteht. Wer soll dann urteilen? Und welche medizinische Instanz soll danach im Rekursverfahren entscheiden?

Ein Innerschweizer Ständerat prahlt, sein krankes Knie sei entgegen dem Vorschlag des



Rudolf Strahm
Ehemaliger Preisüberwacher

«Das Kostenwachstum an die Lohnentwicklung zu binden, ist unrealistisch!»

Orthopäden ohne teure Operation mit defensiven Massnahmen geheilt worden. Der Orthopäde sagt dazu: Man kann schon mit einer Cortison-spritze und Physio die Schmerzen wegbringen. Aber bei den häufigen Arthrosefällen melden sich die Leute einige Jahre später doch noch zur Implantatoperation.

Von Politikerinnen und Krankenkassen wird also zu Recht bemängelt, dass die Hausärzte zu wenig, aber die Spezialärztinnen und die Belegärzte in Privatspitälern viel zu viel verdienen. Das neue Arzttarifsysteem Tardoc, das dies ausgleichen sollte, wird seit zehn Jahren verhandelt und zerredet. Als die FMH ihre «einstimmige Zustimmung» zum ausgehandelten Resultat beschloss, waren aber die Arzttarife so «austariert», dass alle Ärzteguppen mehr verdienten. Das Departement des Innern konnte nur noch die Reissleine gegen diese Zusatzkostenbombe ziehen.

Ich bin zusammen mit anderen aus Erfahrung überzeugt, dass die Gesundheitskosten um durchschnittlich 2 bis 3 Prozent pro Jahr real weiterhin anwachsen werden. Denn die Alterung geht weiter, und neue Therapie- und Diagnostikmethoden will niemand verhindern. Dieses Kostenwachstum per Verfassung an die (tiefere) Lohnentwicklung zu binden, ist völlig unrealistisch!

Somit bleibt wohl als realistische Resignationslösung der weitere Ausbau der Prämienverbilligung – gezielt für die Einkommensschwachen. Die Entlastung sollte nicht auf dem hohen Standardprämienniveau gemäss BAG (KV-Prämien ohne Rabatte für eingeschränkte Arztwahl) basieren, sondern auf dem günstigsten KV-Prämienmodell mit einer Managed-Care-Lösung (HMO). Das würde die Selbstverantwortung honorieren und die Hausärztinnen als Gatekeeper und Schlüsselpersonen aufwerten. Und damit das Gesundheitssystem effizienter machen.

Der Gastautor Rudolf Strahm ist ehemaliger Preisüberwacher und Ex-SP-Nationalrat.

Prämieninitiative

Ein Nein löst das Problem

Der Berufsverband der Ärzteschaft, die FMH, befürwortet die SP-Prämienentlastungsinitiative nicht, über die am 9. Juni abgestimmt wird. Das ist interessant, denn der Verband wird von der Grünen Yvonne Gilli präsidiert. Offenbar sieht dessen Mehrheit, dass die Initiative problematische Punkte beinhaltet. Welche, sagt der Verband nicht. So darf spekuliert werden.

Punkt eins: Obwohl die allermeisten gesund sind, suchten immer mehr Leute bei Wehwechen eine Praxis auf mit der Bitte um Klärung. Diese Praxis ist einer der Gründe, warum die Prämien steigen. Sollten sie gedeckelt werden, würde jeder Zusatzkonsum quasi gratis werden. Die Nachfrage würde noch stärker als bisher steigen, und die Praxen und Spitäler würden noch mehr überrannt, als sie es heute sind. Zum Nachteil aller. Punkt zwei: Die Ärzteschaft gehört zum Mittelstand. Diese Gruppe wird mit der linken Initiative über zusätzliche Steuereinnahmen zusätzlich belastet und nicht etwa entlastet werden, wie es das Initiativkomitee verspricht. Die Hälfte des Stimmvolks gehört zum Mittelstand, und hat einen guten Grund, die Initia-



Andreas Valda
Bundeshausredaktor

tive ohne schlechtes Gewissen abzulehnen – siehe nächsten Punkt.

Punkt drei: Subventionen fliessen schon heute stark. Der untere Mittelstand und wenig Verdienende werden stark unterstützt. So steht es im Gesetz. Je nach Kanton zahlen ärmere Haushalte bloss die Hälfte oder gar keine Prämie, weil ihr Wohnsitzkanton diese übernimmt. Die Behauptung des Komitees, die Kopfpämie sei unsozial, ist falsch. Punkt vier: Mit dem System der Prä-

mienverbilligungen ist auch der Zugang zu teuren Behandlungen für Arme garantiert. Sie zahlen immer nur maximal die Franchise von 300 Franken und 10 Prozent der Behandlungskosten. Sozialhilfeempfängern werden sie erstattet.

Und Punkt fünf: Die Ärzteschaft weiss dank vieler eingewanderter Deutschen, dass die Schweizer Prämien im Vergleich zu dem, was geboten wird, bescheiden sind. Ein Vergleich sei erlaubt: In Deutschland finanziert man die obligatorische Krankenversicherung per Lohnabzug in der Höhe von knapp 14 Prozent des Bruttolohns. Das ist weit mehr als der hiesige Durchschnitt von knapp 10 Prozent. Die Schweiz steht also gut da. Es gibt keinen Grund, der Initiative zuzustimmen.

Was kommt, wenn die Prämien weiter steigen wie bisher? Das Parlament hat für diesen Fall vorgesorgt. Bei einem Nein kommt der Gegenvorschlag zum Zug. Das ist ein Gesetz, dass den Kantonen innert vier Jahren vorschreibt, sich auf ein Prämienmaximum festzulegen. So hat es die Stimmbürgerschaft in jedem Kanton in der Hand, sich darauf festzulegen, was ein soziales Maximum ist.

DIALOG

Handelszeitung online

22.5.2024
«Höhere AHV-Rente: Die Pensionierten sollen mitzahlen»
Die MwSt. muss bezüglich Finanzierung klar im Zentrum stehen. Eine überwiegende Befreiung der Rentner von der Finanzierung der 13. Rente wäre ein Skandal. Bei einer generationengerechten Umlagefinanzierung muss jeder Jahrgang in seinem Leben die eigenen Leistungen in Form von Beiträgen und Steuern einbringen. Dies war, zumindest bis zur Einführung von AHV21 in diesem Jahr, bis heute bei

der schweizerischen AHV wohl nie der Fall. Eine weitere Bevorzugung der Alten in unserer Gesellschaft wäre unfair. Der Generationenvertrag sollte gerecht umgesetzt werden.
HZ-Benutzername: M. V.

Handelszeitung online 21.5.2024
«Das Volk wird auch der Finanzierung der 13. AHV-Rente zustimmen»
Die Finanzierung der AHV könnte problemlos durch die Einführung einer Finanztransaktionssteuer erfolgen, welche vor allem den finanziell schwächeren Mitbürgern nicht weh-

tut und eben diejenigen belastet, welchen es kaum wehtut.
HZ-Benutzername: Jako

Handelszeitung online 21.5.2024
«Der Bund und die UBS liegen im Clinch»
Herr Ermotti soll nicht so grosse Töne schwingen, ohne den Staat gäbe es die UBS schon gar nicht mehr (2008). Es ist auch nicht so, wie er sagt, dass der Aktionär das Risiko trägt. Weil die UBS viel zu gross ist, kann sie nicht in Konkurs gehen, und der Steuerzahler muss dann einspringen.
HZ-Benutzername: Daniels

IMPRESSUM

Redaktion «Handelszeitung» Ringier AG, Ringier Medien Schweiz Flurstrasse 55, 8048 Zürich, Telefon: 058 269 22 80 E-Mail: redaktion@handelszeitung.ch, www.handelszeitung.ch
Verlag Flurstrasse 55, 8048 Zürich, Telefon: 058 269 22 20 E-Mail: verlag@handelszeitung.ch
Herausgeberin Ringier AG, Ringier Medien Schweiz, Brühlstrasse 5, 4800 Zofingen
Geschäftsleitung Ladina Heimgartner
Chefredaktor Markus Diem Meier (mdm)
Stv. Chefredaktoren Holger Alich (ali), Marcel Speiser (spm)
Redaktion Unternehmen/Politik: Michael Heim (Leitung/hec), Seraina Gross (stv. Leitung/rai), Carmen Schirm-Gasser (scc), Bernhard Fischer (fib), Andreas Güntert (ag), Gabriel Knüpfer (gku), Andreas Valda (val) – Management: Tina Fischer (Leitung/fit) – Internationale Wirtschaft: Peter Rohner (Chefökonom/rop), Fabienne Kinzelmann (kin) – Autor, redaktionelle Projekte: Stefan Barmettler (bar) – Volontariat: Lena Madonna (mdl), Samuel Walder (was) – Specials: Florian Fels (Co-Leitung/ff), Jasmine Allg (Co-Leitung/alj)
Korrespondent Bundeshaus Andreas Valda (val)
Leiter Strategieprojekte-Management/Innovation Stefan Mair
Channel-Management Dominic Benz (Leitung/dob), Michael Hotz (mth), Olivia Ruffiner (ruj)
Social-Media-Redaktion Lukas Borner

Ständige Mitarbeitende Kurt Bahnmüller (kb), Gisbert L. Brunner (glb), Fredy Gilgen (fg), Constantin Gillies (cg), Fredy Hämmerli (fh), Sira Huwiler-Flamm (huw), Pirmin Schilliger (ps), Silvan Wegmann (Karikaturist), Kurt Speck (spe), Daniel Tschudy (dts)
Sekretariat Denise Alt
Layout Julie Body (Creative Director/Leitung), Mario Imondi (stv. AD), Sarina Joos, Tessa Ruppert (Infografik), Marco Müller, Michael Müller, Bernadette Schenker
Bildredaktion Fotodesk RMS, Hanna Jaray
Korrektur Susanne Scherrer (Leitung), Cordula Hawes-Bilger (stv. Leitung), Sonja Brunschweiler, Carsten Stütz, Karin Büchler

Bekanntgabe von namhaften Beteiligungen im Sinne von Art. 322 StGB: Admeira AG, DeinDeal AG, Energy Broadcast AG, Energy Schweiz Holding AG, Energy Bern AG, Energy Zürich AG, Energy Basel AG, Grupa Ringier Axel Springer Polska AG, Gryps AG, JobCloud AG, OneLog AG, Ringier Central and Eastern Europe AG, Ringier Digital Ventures AG, Ringier Print Holding AG, Ringier Sports AG, Ringier Sports Media Group AG, SMD Schweizer Mediendatenbank AG, Ticketcorner Holding AG, Ringier MediaTech GmbH (Österreich), S.C. Ringier Romania S.R.L. (Rumänien), EJOBS GROUP S.R.L. (Rumänien), REALMEDIA NETWORK SA (Rumänien), Ringier Pacific Limited (Hongkong), Homsters Asia Pte. Ltd. (Singapur), Ringier Vietnam Company Limited (Vietnam), Ringier Vietnam Classifieds Company Limited (Vietnam), Ringier One Africa Media (Pty) Ltd (Südafrika)

Vermarktung Ringier Advertising, Flurstrasse 55, Postfach, 8021 Zürich, Ringier Advertising, Flurstrasse 55, Postfach, 8021 Zürich Anzeigen/Media Services: Tel. 058 269 20 00; mediaserviceprint@ringier.ch Anzeigenpreise und AGB: www.ringier-advertising.ch Managing Director: Thomas Passen Director Sales: Luca Schena Head of Sales: Annick Cochard, Thierry Hansen Director Media Services Print & Digital: Sarah Näf Teamlead Media Service Print: Ruth Gmür Head of Media Service Digital & AdOperations: Sabrina Miccoli Abonnemente: 1-Jahres-Abo Schweiz: Fr. 290.– (inkl. Porto und MwSt.), 1-Jahres-Abo Europa: Fr. 385.– (inkl. Porto); Halbjahres-Abo Schweiz: Fr. 160.– (inkl. Porto und MwSt.), Halbjahres-Abo Europa: Fr. 207.50 (inkl. Porto) Einzelverkaufspreis: Fr. 5.50; Erscheinung: wöchentlich (Donnerstag)/ 50 Ausgaben.
Kundenservice Telefon: 058 269 25 05, kundenservice@handelszeitung.ch
Druck DZZ Druckzentrum Zürich AG Wemf-Auflage: 31969

► Ihre Meinung ist uns wichtig. Wir freuen uns über Kritik, Lob und Anregungen über folgende Kanäle: E-Mail: redaktion@handelszeitung.ch Twitter: twitter.com/handelszeitung Facebook: facebook.com/handelszeitung Online: Posten Sie Ihre Meinung auf www.handelszeitung.ch unter einen Artikel